

INI-2

Titel	Keine Beteiligung der Bundeswehr an einer möglichen Intervention in Syrien!	
Antragsteller*innen	Jusos Oberpfalz	
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Keine Beteiligung der Bundeswehr an einer möglichen Intervention in Syrien!

- 1 Seit Anfang September gibt es eine Diskussion um einen möglichen Kampfeinsatz der
- 2 Bundeswehr in Syrien. Der Union, die Grünen und die FDP zeigen sich offen für einen solchen Einsatz.
- 3 Als Gründe für eine mögliche Intervention, in Form eines Kampfeinsatzes, werden immer
- 4 wieder Abschreckung oder die Verhinderung von zukünftigen Giftgasanschlägen durch das
- 5 Assad-Regime genannt.
- 6 Diese Begründung ist jedoch äußerst scheinheilig. So gibt es schon lange Beweise dafür, dass
- 7 das Regime in Syrien schon seit mehreren Jahren Giftgas gegen seine eigene Bevölkerung
- 8 einsetzt. Außerdem hat keine einzige der durch die USA, Großbritannien und Frankreich
- 9 durchgeführten Interventionen zu einem Einlenken beim syrischen Regime oder seinen
- 10 Verbündeten geführt.
- 11 Eine Intervention würde außerdem gegen Art. 2. Ziff. 7 der UN-Charta, das sogenannte
- 12 Interventionsverbot verstoßen. Dieses Verbot entfällt nur, wenn der UN-Sicherheitsrat zu der
- 13 Auffassung gelangt, dass eine Intervention notwendig ist, um den internationalen Frieden zu
- 14 verteidigen, die Herrschaft des Rechts aufrecht zu erhalten oder die Souveränität anderer
- 15 Staaten zu erhalten. Da Russland, als Kriegspartei, Mitglied im Sicherheitsrat ist, wird dieser
- 16 nicht zu der Auffassung kommen, dass eine Intervention notwendig ist, oder eine Intervention
- 17 erlauben.
- 18 Es ist auch nicht möglich diese Intervention als Nato-Mission durchzuführen, da mit der Türkei
- 19 ein NATO-Mitglied Kriegspartei ist.
- 20 Somit bleibt als einzige Option eine sogenannte Koalition der Willigen. Die Intervention würde
- 21 in ihrer Art der Intervention, im Irakkrieg von 2003, gleichen. Diese Intervention wurde zu
- 22 einer völkerrechtswidrigen Invasion erklärt.
- 23 Es ist also nicht davon auszugehen, dass internationales Recht eingehalten wird. Hinzu kommt,
- 24 dass man keineswegs davon ausgehen kann, dass sich die Lage der Menschen verbessert. Eine

- 25 Intervention würde die Lage der Zivilbevölkerung viel eher noch verschlechtern.
- 26 Genau deshalb fordern wir Jusos, dass die SPD standhaft bleibt und eine Beteiligung der
- 27 Bundeswehr an einer möglichen Intervention in Syrien weiterhin ablehnt.

Antragsteller*innen

Jusos Oberpfalz

E-Mail:

Telefon: